

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 5000 M., wochentlich 1300, durch Boten bezogen 5200, bei Postbezug 4500 M. (ohne Postgebühr). Erscheint wochentlich nachmittags. Einzelnummer 250 M., Sonnabends 300 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4. Für unrichtige Sendungen wird f. Gemacht geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Bath)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 132.

Freitag, den 8. Juni 1923

163. Jahrgang.

Das deutsche Memorandum.

Umfassende Garantien.

Berlin, 7. Juni. Den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio und der Reparationskommission ist heute zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai nachfolgendes Memorandum überreicht worden:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwerekeiten des Augenblicks vordringend zu erweichen, mehr versprochen hätte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu leisten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwierig ist, zu einer größeren Erhöhung zu gelangen und aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten

die Entsendung einer unparteiischen internationalen Kommission über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine unvoreingenommene Beurteilung der Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern völligen Einblick in die deutsche Finanzangelegenheit gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hätte die Ausgabegrenzen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge auszuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß anstelle der Kapitalsummen ein

Schemen von Jahresleistungen

tritt.

3. Da die interalliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende

Garantien

für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor: a) Die Reichsrenten mit allen Zinsen und Einrückungen von dem höchsten Reichtumsvermögen (Geld und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einkünften und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist, und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsrenten sind als vollständige Garantien in Höhe von 2½ Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstes Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und am 1. Juli 1927 ab mit fünf Prozent verzinst sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen,

wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranzuziehen, die als erstes Pfandrecht in Höhe von 300 Millionen Mark an den gemeinsamen, von allen Mächten und dem Land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erhaltenden Steuer, oder unmittelbar von den betroffenen Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verschätzt. Der Wert dieser Zölle und Verbrauchssteuern, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verfalls an Land und Volk und infolge des vermindernden Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen, mit der Wiedergeburt der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung Folgendes betonen zu müssen:

In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündliche Gedanken- und Sachverständigenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsbilanz hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsbilanz kann nur in unmittelbarer Verbindung mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Feststellung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung Derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Kooperation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Erdröhen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

Amlich wird zu dem Memorandum bemerkt: Wie bekannt, sind der deutschen Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antwortschemen zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Festlegung des Gedanken- und Sachverständigenaustausches erschweren könnte, hat die deutsche Regierung sich in ihrer Mitteilung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind.

Die neue deutsche Note und die Fortsetzung des passiven Widerstands.

Das deutsche Ergänzungsmemorandum vom 7. Juni hat mit keinem Wort die französische Forderung auf die Einstellung des passiven Widerstands in Deutschland an Frankreich überdrücklich bezeugten Aufgabebereich erwidert. Aus Parlamentskreisen hören wir hierzu, daß diese Stellungnahme für die Reichsregierung eine Selbstverständlichkeit war, da ja der passive Widerstand im Ruhrgebiet von der Reichsregierung nicht angeordnet wurde, sondern spontan aus dem Willen der empörten Bevölkerung des verunglückten Gebiets hervorgegangen ist. Der passive Widerstand an der Ruhr wird nach Ansicht parlamentarischer Kreise von der Ruhrbevölkerung nicht eher aufgegeben werden, bis die Franzosen das Gebiet verlassen haben.

Die erste Kommentierung.

Die Note in Paris.

Paris, 7. Juni. Die deutsche Note wurde gestern 6 Uhr nachmittags im französischen Ministerium des auswärtigen Reichs kurz vor dem Eintreffen des französischen Pressedirektors am Canal d'Orly empfangen, denen der Inhalt in folgender Form mitgeteilt wurde: Die Note enthält keine Forderung von Reparationen. Sie verlangt ein vierjähriges Moratorium und bietet für diese Zeit freiwillige Leistungen an, also auch nicht die Naturalleistungen in der Höhe von 2½ Milliarden Goldmark, von denen die Rede war. Nach diesem Moratorium bietet Deutschland Jahreszahlungen von einer Milliarde an und es schlägt als Garantien u. a. die Eisenrenten vor, die jedes Jahr 2½ Prozent aufweisen. Fernerhin lasse die Note alles in Bezug auf den passiven Widerstand im Ruhrgebiet vermissen. Man sei am Canal d'Orly der Ansicht, daß die deutsche Note in London keine Basis zur Aufnahme von Verhandlungen bieten werde.

Poincaré, der kurze Zeit darauf mehrere Pressedirektoren empfing, sagte: In der Note ist nichts von einer Einstellung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet erwähnt. Das ist jedoch der Punkt, über den wir

Ankunft haben wollen. Wenn wir Deutschland antworten, so werden wir mit der Frage antworten: Wollt ihr den passiven Widerstand aufgeben oder nicht? In ersterem Falle können wir zu Verhandlungen kommen; im zweiten könnte eine gemeinsame Note der Alliierten nur darin bestehen, daß Verhandlungen abgelehnt werden. Im übrigen erklärte Poincaré, daß mit dem geistreichen Brüsseler Kommuniké bereits im Voraus eine Antwort auf die deutsche Note gegeben worden sei.

Die Pariser „Daily Mail“, die bekanntlich als eine vorwiegend französisch gefärbte Zeitung anzusehen ist, schreibt: Aus der deutschen Note geht klar hervor, daß ihr der Gedanke zugrunde liegt, mehr als Propaganda damit zu erzielen, als die die deutsche Regierung verhandeln zu werden. Die Note sei ein neuer Schritt in dem Bestreben, Frankreich von England zu trennen. Die Vorkriegsausführung für ein befriedigendes Uebereinkommen mit Deutschland sei die, daß Deutschland dem Vorkriegsstand Englands folgen solle. Die Note sei ein Versuch, die deutsche Regierung zu zwingen, sich dem Vertrag zu unterwerfen. Eine solche Steuer sei ein Zeichen des guten Willens, das bei den Verbündeten Eindruck machen dürfte.

Anzeigenpreis Der halbpaltene Millimeter Zeitraum 130 M. und der halbpaltene Millimeter Restraum 600 M. Die laufende Monatsanmeldung wird vom Heftler auf kleine Anzeigen bei deren Ausgabe mit 300 M. in Zahlung genommen. Hefersgebühr 400 M. Porto besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigenkatalog vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondertarif. Fernsprecher Nr. 100.

Die Herausforderung der Marxisten gegen die deutsche Landwirtschaft.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Pönitz.

Die Landwirtschaft (freilich nicht sie allein! D. Red.) ist in der Nachkriegszeit derart mit Gelingen „beglückt“ worden, daß es endlich einmal an der Zeit wäre, die Wegerechtsmaßnahme ein wenig zum Stillstand kommen zu lassen. Bereits durch die bisherige Gesetzgebung — so notwendig sie war — ist in die Landwirtschaft, vor allem in die größeren Betriebe, eine gewisse Unruhe hineingetragen worden. Jede Maßnahme, die in die Vermögensstruktur der Landwirtschaft eingreift, muß in diesem Augenblick als doppelt bedenklich erscheinen, da zweifelslos die landwirtschaftliche Produktion darunter leidet, und eine weitere Erörterung des Eigentumsbegriffs ist das letzte, was die bodenständig Landwirtschaft ganz gleich, welcher Weltgröße — heute noch vertragen.

Im einzelnen sei zu dem sozialistischen Antrage folgendes bemerkt:

3. U. Nach dem Antrage Müller sollen Privateigentümer von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlichen oder 100 Hektar forstwirtschaftlichen Bodens verpflichtet sein, den überschüssigen Teil an das Reich abzutreten.

Die erste Bestimmung, daß jede landwirtschaftlich genutzte Fläche über 750 Hektar an das Reich abgetreten werden soll, ist vollkommen überflüssig und nur geeigneter, neue Unruhe in die Landwirtschaft hineinzutragen. Das Reichsbesiedelungsgesetz bietet ja bereits die Handhabe, in erster Linie Güter von ungewöhnlich großem Umfange zu enteignen. Die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften sind also in der Lage, bei Verstoß auf solche Güter zurückzugreifen. Eine Sonderregel über den Bedarf der Siedlungsgesellschaften hinaus muß abgelehnt werden, da nicht die geringste Gewähr vorhanden ist, daß der Boden sogenannt bewirtschaftet wird. Wer soll die Bewirtschaftung der abgetretenen Fläche übernehmen? Der Staat selbst oder die Gemeinden? Wie Gemeingüter bewirtschaftet zu werden pflegen, zeigen die Muttergüter Berlins. Soll aber das Land nicht eher abgetreten werden, bis es besiedelt wird, dann genügt das bisherige Reichsbesiedelungsgesetz.

Sehr harte Bedenken bestehen gegen die Bestimmung, daß bei enteignetem Boden demnach in Eigentum des Reiches bleiben und nur zur Nutzung in Pacht, Erbpacht oder nach Gemeinschaftsrecht vergeben werden soll. Das ist eine untragliche Abschwächung des Eigentumsbegriffs. Wir haben nicht zwei, nein zu wenig Eigentum und Eigentüme! Es steht einwandfrei fest, daß die Eigenbewirtschaftung als beste Wirtschaftsförmung erwiesen hat. Der Eigentumsgehalt, das Eigentum, hat die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu so hoher Blüte und Vollständigkeit gebracht und den Reich und die Arbeitskraft angebahnt. Man sollte es sich also überlegen, ehe man das Reich an eine für unsere Lebensart so wichtige Sache legt!

Eine altbekannte Tatsache ist es, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft dem Kleinbetrieb bedeutend überlegen ist. Es liegt also kein Grund vor, anzunehmen, daß der private Fortschritt schlechter wirtschaftet als der staatliche. Weshalb will man also den forstwirtschaftlich genutzten Boden für Privatpersonen auf 100 Hektar beschränken? Wirtschaftliche Vorteile sind nicht damit verbunden, aber nur Nachteile, da der Großgrundbesitzer vielfach nicht mehr in der Lage sein wird, für eine sachgemäße Bewirtschaftung seiner Flächen durch Privatbitter Sorge zu tragen, wenn sein Waldbesitz so stark beschränkt wird. Der Antrage kann demnach nur den politischen Zweck haben, einen Keil in die Landwirtschaft zu treiben, groß und klein gegeneinander zu hegen und schließlich die Landwirtschaft für die Sozialisierung reif zu machen. Dagegen muß sie sich grundsätzlich auf das schärfste wehren.

3. U. Die Bestimmung, dem Staat oder der Gemeinde das Verkauf- oder Ankaufsrecht zu sichern, steht im Widerspruch zu Paragr. 4 des N. G. G., wonach der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft das Vorkaufsrecht auf die in ihrem Bezirke gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke im Umfang von 15 Hektar auswärts zusteht. Abgegeben hiervon ist das Vorkaufsrecht des Staates oder der Gemeinde abzulehnen, da keine Gewähr für die ordnungsmäßige Bewirtschaftung der enteigneten Güter geleistet ist, die Bestimmung ist also überflüssig und schädlich.

3. U. Die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenflusses durch öffentliche Mittel ist begrüßenswert; sofern kein Zwang ausgeübt wird.

3. U. Die bestehenden Pachtgesetze sind bereits zu ausgeübt, daß die Interessen des Pächters hinreichend geschützt werden. Ein weiterer Ausbau der Pachtgesetz-

Das Meisterwerk des Salvini.

Kriminalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921
by Carl Dancker, Berlin.
Nachdruck verboten.

[8] Der Schatten! Natürlich der Schatten eines Mannes! Warum nicht? Hatte er ergründet, welche Motive diesem rätselhaften Mann zu der Mordtat benagen, hätte er ausfindig gemacht, wie dieser in den Saalraum und wieder hinausgetrieben, dann war ja der Hergang leicht zu erklären. Salvini hatte mit dem Richter gesprochen — voraussichtlich sehr laut. Schumann wollte ihn mit Geld erkaufen und öffnete den Geldschrank.

„Was hast du vor alles, wie es das Gericht annahm — und nun?“

Der Unbekannte hatte sich eingeschlichen — vielleicht dem Maler ein Chloroformstück über den Kopf genommen. Was zwischen dem Mörder und seinem Opfer geschehen — wer konnte es wissen. Dann hatte der Mörder zuerst das Opfer befestigen wollen — daher der Schnitt am Hals, und dann kam ihm ein anderer Gedanke — die Schuld abzuwälzen auf den Maler — leicht war es, dem Schmiedlichen den Dolch in die Hand zu pressen und seine Fieber mit Blut zu besprengen. Leicht, ihm einen Morphiumtrank einzuschütten, damit sein Schlaf sich verlängerte.

Und dann war er eben gegangen, wie er gekommen war.

Aber wie?
Er hatte schon alles versucht. Nach unterirdischen Gängen geforscht — nach verborgenen Treppen — Palais Vermin Geheimnisse — der Kommissar hatte vergebens an die Mauern geklopft, und in den engen Heizrohren der Schornsteine konnte kein Mensch hinuntersteigen.

Das alles hatte er schon in den Monaten der Voruntersuchung nicht einmal, sondern immer wieder geprüft. Und ebenso hatte er das ganze Leben des Hentiers durchwühlt. Wo war der Feind, der ihn mordete? — nur mordete — nicht beraubte!

Wie leicht wäre es dem Mörder gewesen — ein einfacher Griff in den offenen Geldschrank — er hätte ihn verdammt

— ein Raub kam nicht in Frage, und niemand hatte ihm einen Anhalt gegeben für eine Tat der Waise.

Der Morgen kam, und noch immer sah Schläter nachdenklich in seinen Sessel. Etwas abgepannt und überdrüssig kam er am nächsten Morgen in sein Büro.

„Wenn — Schläter — wie sehen Sie aus?“

Regierungsrat Weßendorf, der Chef der Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums, stand in der Tür.

„Haben sich wohl gefehlt den Fall Salvini zu sehr zu Herzen genommen — war doch vorauszusetzen.“

„Das sehen Sie.“

„Auch der beste Feldherr verliert manchmal eine Schlacht, denn ich weiß, daß Sie innerlich an die Unschuld des Mannes glauben.“

„Und das ist doch, das ist ja das Schlimme!“

Schläter, Sie wissen, ich gehe für Sie und Ihren Scharfsinn durch dick und dünn, aber diesmal...“

„Er ist unschuldig.“

Weßendorf lächelte.

„Aber das möchten Sie, wie ich Sie kenne, jetzt am liebsten einen unbeschränkten Urlaub nehmen und auf eigene Faust Tag und Nacht arbeiten.“

„Gewiß möchte ich das.“

Weßendorf lächelte und legte ihm die Hand auf die Schulter.

„Mein lieber Freund —“

Das Verhältnis zwischen dem Regierungsrat und dem erfahrenen Kommissar war in den langen Jahren des Zusammenarbeitens ein überaus herzliches geworden.

„Zum ersten Male verweigere ich Ihnen den Urlaub, Janowich, ich verweigere ihn Ihnen. Sie sehen mir zu abgepannt und überarbeitet aus, als daß ich Sie beantworteten könnte, Ihnen einen Erholungsurlaub zu geben. Nicht wahr, das ist nun merklich?“

„Aber es ist mein bitterer Ernst, Siehe ich Ihnen Urlaub, dann lassen Sie in der Welt herumspazieren und arbeiten sich tot! Da muß ich schon besser sorgen, Sie übernehmen die Aufklärung der großen Schmuggler- und Schieberaffäre Wolff und Konforten. Da sind die Affäre. Sie müssen zunächst einmal nach Norwegen, denn dort ziehen sich die Fäden zusammen. Sie können gleich heut abbrechen — die Affäre lösen Sie unterwegs — ich denke, das wird Sie

auf andere Gedanken bringen. Dabei ist es sehr möglich, daß Sie auch nach London hinüber müssen — die Fäden der Affäre sind sehr verbreitet — und so ein wenig herumgondeln auf der Nordsee ist für einen nervösen Menschen die beste Medizin.“

„Der Regierungsrat —“

„Seine Widerrede — es ist schon alles abgemacht. Der Untersuchungsrichter Vandenberg hat Schliermacher hat mit beiden Händen zugestimmt — ich habe Ihnen schon alle Papiere beigegeben — Sie können mit dem Mittagzug reisen — zudem — wenn wirklich in der Affäre Schumann noch etwas zu machen sein sollte, was ich nicht glaube — einestheils, wenn etwa der sogenannte große Unbekannte, der die Tat nach Ihrer Meinung begangen hat, sich in Deutschland aufhält, dann ist es nur gut, ihn in Ruhe und Sorgfalt zu wiegen und glauben zu lassen, daß die Sache erledigt sei — ist er aber außer Landes — vielleicht treffen Sie ihn zufällig am Nordkap oder in einem Boyertheater in White Chapel.“

Schläter war auf und ab gegangen.

„Der Regierungsrat, es wäre leicht möglich gewesen, daß ich mich zum ersten Male wegen des verweigerten Urlaubs über Sie bei der höheren Instanz beschwert hätte.“

„Er lächelte aus.“

„Aber Sie haben recht — zudem, ich bin, wie Sie wissen, furchtbar abergläubisch — wer weiß, ob mich der Fall Wolff nicht wirklich auf die rechte Spur bringt. Ich übernehme die Sache und will sogar heute noch abbrechen, aber Sie müssen mir gestatten, daß Kommissar Schreiber, der ja wohl in Berlin bleibt, neben seiner amtlichen Tätigkeit auch ein wenig für mich arbeitet und den Fall Salvini hier weiter verfolgt.“

„Natürlich — er steht zu Ihrer Verfügung. Hier also sind die Affäre.“

Schläter trat in sein Büro.

„Ich bitte Herrn Kommissar Schreiber.“

Ein übergroßer, breitgesichtiger Mann trat ein, dem man sogleich ansah, daß er aus der uniformierten Polizei hervorgegangen war.

„Nehmen Sie Platz, lieber Kollege.“

(Fortsetzung folgt.)

Bei dem Tode unsers lieben Vaters sind uns soviel Beweise inniger Teilnahme zugegangen, daß wir nur auf diesem Wege Allen von Herzen danken.

Gertrud Bosse verw. Kuhfuß geb. Teichmann,
Charlotte Stoebe geb. Teichmann,
Adolf Bosse,
Franz Stoebe.

Merseburg, den 8. Juni 1923.

Familien-Anzeigen.
Verlobt. Marie Reinhardt mit Max Quarg, Weihenfels; Katharina Helm mit Gerhard Berna, Weihenfels; Melanie Kramböhl mit Ernst Pohle, Forst; Margarethe Heine, 22 J., Weihenfels; Anna Köstel, 71 J., Schandlitz; Albert Köchel, 71 J., Zuppis-Grandhüll; Minna Matthes, 49 Jahr, Weihenfels.

Für die uns ermittelten Aufmerksamkeiten zu unserer goldenen Hochzeit sagen wir allen herzlichsten Dank.

General-Inspektor i. N.
H. Vater und Frau

Preise für markentreies Gebäck!

1 Brotchen 160 Mark
1 Semmel 320 Mark
1 Brot (1900 Gr.) 5500 Mark

Die Preise treten sofort in Kraft!
Bäcker-Zunng Merseburg.

C. A. KLEMM
Leipzig I Fernspr. 2096 Neumarkt 26

Flügel Flügel
Pianos Musikalien Pianos
Harmoniums Harmoniums
Grammophone Schallplatten

Kleinreparaturen Stimmungen
Künstler-Notenrollen für 60er u. 88er Apparate

Gewandter, unbedingt zuverlässiger
Buchhalter,
an selbständiges Arbeiten gewöhnt,
zum 1. Juli gesucht.

Angebot mit Lebenslauf u. Zeugnis-Abdrück,
unt. Nr. 454/23 an die Geschäftsst. d. Ztg. ev.

Kontor-Lehrling
(auch weiblich) mit guter Schulbildung
für sofort oder später
Schriftl. Ang. unt. 450/23 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Eisen- und Metallformer
werden eingestellt! — Anfragen richten an
Dixi-Werke, Eisenach.

Gottesdienst-Anzeigen.
Sonntag, den 10. Juni 1923 (2. u. Trinit.).
Gesammelt wird eine Kollekte für den Kreuz- und Lichtfest-Verband.

Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Hithorn
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diafonus Buttle
Dom-Frauenthilfe (Seminar)
Mittwoch, den 13. Juni 1923, nachm. 3.30 Uhr.
Jungfrauen-Verein & Vater-Frauen-Vereins
(Sesseltische I.)
Sonntag, abds. 7.30 Uhr: Verammlung.
Christl. Verein junger Männer (Sesseltisch. I.)
Verammlung Sonntag und Dienstag, abds. 8 Uhr.

Vanderversammlung der evangelischen Gemeinden.
Verammlungsdort: „Herberge zur Heimat“.
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Vorbereitungsstunde.
Vollständiger: Öffnet Sonntag von 11.30 bis 12.30 mittags.
Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Angermann
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst. Pastor Niem.
Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abds. 8 Uhr: Verammlung an der Geisel 5. Bericht über Desden Karl Daxung.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Kirchengottesdienst.
Evang. Mädchenbund St. Marien.
Dienstag, abds. 8 Uhr: Vorgesang an der Geisel 5. — Lehrer Buid
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Verammlung an der Geisel 5. — Pastor Niem.
Altendorf. Vorm. 10 Uhr: Past. Raugenstein
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit
Im Anschluss Besuche u. heiliges Abendmahl.
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst.
Montag, abds. 8 Uhr: Konfirmierte Schöne im Pfarrsaal.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Wanderversammlung in Pörschau.
Evangelische Kirchengemeinde Höfen.
Sonntag, den 10. Juni 1923 (2. u. Trinit.).
Vorm. 10 Uhr: Pastor Jenschig.

Katholische Gemeinde.
Sonntag, den 10. Juni 1923
Früh von 8 Uhr an: Beschäftigung; 7 Uhr: Frühmesse; 9.30 Uhr: Feierliches Hochamt mit Predigt; 12 Uhr: Andacht.
Kauendorf. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Schöbnitz. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Neu-Höfen 8 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche. 10.30 Uhr: Heil. Messe mit Predigt in der Schule.

Gestrickte Damen-Jacken
in Wolle und Kunsseide
Jumper — Blusenschöner
Berchtesgadener - Jackchen

empfehlen zu reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

H. Schnee Nachf.
A. & F. Ebermann
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

Stadttheater Halle
Sonntag, abds. 7 Uhr:
Lohengrin.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
(Stremde-Vorstellung bei ermäßigten Preisen)
Strawensmädel
(Sampolo)
Sonntag, abds. 7.30 Uhr:
Schwarzwalddmädel.
Montag, abds. 7.30 Uhr:
Von morgens bis mitternachts.

Diemärker.
Monatsversammlung und Familien-Abend im „Strandbühnen“, am Montag, den 11. d. Mts. abds. 8 Uhr.
Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Fräulein,
anständig, u. wirtschaftl. erg., 28 J., in die Bekanntheit ein. net. Fern zu machen zwecks spät. Heirat. Str. 10. Nr. 10. 1. 155/23 d. G. P. d. B.

Wie sparen Geld!
Fahrpadgummi
gratis
Preisliste senden.
Emil Veay, Hildesheim.

Schwere und leichte Arbeits-Pferde
sehen zum Verkauf.
Louis Reimann,
Halle a. S.,
Landsbergerstraße 65.

Metallbetten
Stahlmatt, Kind-erbett, etc.
an Private, katal. 59,- frei.
Eisenmöbelfabrik Huhl (T.)

Jagd-Gewehr, Reize-Koffer event. **Sorb**
zu kaufen gesucht. Angebote evd. unt. 414/23 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Eleganter Frack
mit Hoje, 3 mal ger., für schlanke Figur, 1.85 m gr., zu verkaufen. Anfragen unt. 451/23 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wienchen.
Sonntag, den 10. Juni, nachm. 3 Uhr:
Ringreiten!

Garten-Konzert!
Tänzchen.
Im Saale
anschließend im Kaffeehaus.

Großer Festball!
Großes Preisgekin!

Es laden ergeben ein
Die Jugend.

Horanzige! Niederwünsch. Horanzige!
Sonntag d. 15. Juli 1923, um nachm. 1 1/2 Uhr, findet unserer dies-jähriges
Ringreiten
statt. Anmeldung bis 10. Juli beim Vorstand. Für Stellung ist gesorgt. Es laden ein
Krieger- und Landwehr-Verein.

Sängerfahrt nach der Ostsee
23. - 30. Juni 1923
Leipzig - Hamburg - Lübeck - Travemünde - Sebnitz (Rügen) - Swinemünde - Snettin Berlin - Leipzig. Veranstaltung vom **Männergesangverein Liederhain.**
Fahrpreis einchl. all. r. Eisenbahn-, Dampferfahrten, Besichtigungen etc. **65 000 Mark.**
Programm u. Anmeldung, bei der **Hamburg-Amerika-Linie, Leipzig, Augustusplatz 22 u. O. Reiseleiter Herrn. Wolff, Leipzig-R., Crostendorfer Str. 7.** Fernsprecher 61 646.

Gute Musik, erstklassige Getränke, vorzügliche Konditorei
im
Kaffeehaus Ortel
Soolbad Dürrenberg.

Stadt-Schützenhaus, Halle am Königplatz.
Vornehmes öffentliches Verkehrsal
Leistungsfähigste Küche
Gute Biere und Weine
Dem Halle besuchenden Publikum bestens empfohlen.
Telefon 6546. **Ernst Hempel.**

Beilage zu Nr. 132 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 8. Juni 1923

Haushaltsplan 1923. — Die neuen Gewerbesteuern.

Inhaltsverzeichnis

- zur Sitzung der Stadteordneten-Versammlung am Montag, dem 11. Juni 1923, nachmittags 6 Uhr.
1. Beschlußfassung über die Gewerbesteuer für 1923
 - a) Nachtrag zur Gewerbesteuerordnung,
 - b) Gemeindefestsetzung über die für 1923 zu erhebenden Hundertsätze,
 - c) Ermäßigung der Hundertsätze für das erste Vierteljahr 1923.
 2. Erlaubnisse zum Reichseinkommensteuerausfluß für den Subjekt.
 3. Wahlen zum Kreis-Sonderausfluß für die Reichseinkommensteuer.
 4. Erhöhung der Beteiligungssumme der Stadt bei der Mitteldeutsche Heimstätte.
 5. Haushaltspläne:
 - a) Baueum, Mittelschule, Volksschulen, Gemeindefeuern und Abgaben, Außerordentliche Rechnung;
 - b) Allgemeine Verwaltung, Vermögens- und Schuldenverwaltung;
 - c) Bauverwaltung, Werkverwaltung;
 - d) Wohlfahrtsamt;
 - e) Grundbesitzverwaltung;
 - f) Feuerweherverwaltung;
 - g) Holzverwaltung;
 - h) Haushaltspläne, die sich selbst tragen.

Der Magistrat schlägt uns folgende Vorlage:

Der Haushaltsplan für das Jahr 1923 wird nach § 66 der Städteordnung gemäß dem vorgelegten Entwurf beschlossen.

Ebenso werden die Sonderhaushaltspläne, soweit sie nicht schon in erster bis dritter Lesung beschlossen sind, in der vorliegenden Form in zweiter und dritter Lesung und daher endgültig beschlossen.

Der danach durch die Erträge des Steuerhaushaltsplanes zu bedeckende Reihbetrag wird festgesetzt auf 474 812 000 Mark.

Die Deckung dieses Reihbetrages soll, soweit nicht die kleineren Steuern Erträge bringen, in folgender Weise erfolgen.

1. Gemäß Mitteilung des Deutschen Städtebundes ist das Anlage des gewöhnlichen Anteils an der Einkommensteuer einzuführen 170 000 000 Mark.
2. Aus der Gewerbesteuer ist bei einem Satz von 1 Prozent Lohnsteuer auf die gezahlten Gehälter und Löhne und 15 Prozent Ertragssteuer auf die Erträge des Vorjahres und einer Ermäßigung der Lohnsteuer für die ersten 3 Monate des Geschäftsjahres 1923 auf 0,7 Prozent zu rechnen mit einem Aufkommen von 225 000 000 Mark.
3. Bei der Gebäudesteuer soll bei den vorjährigen Zuschlägen verbleiben werden mit 3 Prozent vom gemeinen Wert von unbebauten Grundstücken. Bei unbe-

bauten Grundstücken soll 6 Prozent des gemeinen Wertes erhoben werden, welches der vorjährigen Belastung gleichfalls ungefähr entspricht, da in der Zwischenzeit durch Veranschlagung die unbebauten Grundstücke entsprechend höher mit dem gemeinen Wert eingeschätzt sind.

Diese Sätze würden betragen: Bei den bebauten Grundstücken 32 000 Prozent des staatlichen Zolls und bei den unbebauten Grundstücken 412 000 Prozent des staatlichen Zolls und würden als Ertrag bringen 56 000 000 Mark.

4. Die Gewerbesteuer soll erhoben werden mit 6000 Prozent Zuschlag, wie im Vorjahr, mit einem Ertrag von 2 000 000 Mark; so daß die direkten Gemeindefestsetzungen zusammen betragen: 433 000 000 Mark.

Begründung: Obgleich auch jetzt noch in keiner Weise feststeht, mit welchen Uebererhebungen die Städte aus der Reichseinkommensteuer und aus der Umlaststeuer zu rechnen haben und wie sich das richterlich vom 1. April 1923 ab in Kraft zu gehende neue Gewerbesteuergesetz für die Gemeinden auswirken wird, erscheint es nicht anständig, die Aufstellung des Haushaltsplanes noch weiter hinauszuziehen.

Da es selbstverständlich nicht möglich ist, während des Entstehens der Haushaltspläne die Schwankungen des Gehändes jeweils zu berücksichtigen, ist für die Aufstellung des Entwurfes überall der Stand vom Ende März 1923 zu Grunde gelegt, so daß z. B. die Ausgabebeträge für Löhne, Gehälter, Stipendien usw. schon längt in Wirklichkeit überholt sind. Ein Gegenwärtig für das hierdurch bedingte Umrückgehen und die damit einhergehende Unzulänglichkeit des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes ist damit gegeben, daß auch der Anteil an der Reichseinkommensteuer, an der Umlaststeuer und an der Gewerbesteuer, soweit sie eine Lohnsteuer ist, sich entsprechend erhöhen wird, wie wenigstens gehofft werden muß.

Der Haushaltsplan unterscheidet sich von dem früheren dadurch, daß von den häußrigen Werten lediglich der nach diesen Beschläßen monatlich abzuführende Gehältsanteil als Einnahme im Haushaltsplan erscheint, während im übrigen Haushaltsplan der jetzt fastmännlich verwalteten Werke, soweit der Betrieb in Frage kommt, nicht mehr der Beschlußfassung gemäß Städteordnungen unterliegt. Der wichtigste Teil der Beamten und Angestellten und ihre Besoldung nachweisende Verwaltungshaushaltsplan, der sich jetzt in selbst tragen muß, ist für den Haushaltsplan ebensowenig von Bedeutung, wie der entsprechende Haushaltsplan der Sparkasse. Dadurch ändert sich aber die Einkommenssumme des Haushaltsplanes ganz außerordentlich und wird dementsprechend sehr viel niedriger, was ohne weiteres daraus ersichtlich ist, daß schon im Vorjahr die häußrigen Werte an der Einkommenssumme von rund 56 000 000 Mark des vorjährigen Haushaltsplanes mit 3 000 000 Mark beteiligt waren. Im diesjährigen Haushaltsplan stehen also nur die abzuführenden Ueber-

der Haushaltsplan schließt in diesem Jahre in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 2 861 098 000 Mark.

Dabei muß allerdings erwähnt werden, daß in dieser Summe eine Reihe von Erläuterungen stehen, weil zum Zwecke der Klarheit, Richtigkeit und Ueberprüfbarkeit des Haushaltsplanes auf der einen Seite für einzelne Betriebe, z. B. Besoldungen, Vermögens- und Schuldenverwaltung, Sammelhaushaltspläne aufgestellt sind.

Aus den einzelnen Verwaltungen sei folgendes mitgeteilt:

Die Allgemeine Verwaltung erfordert einen Aufschuß von 108 380 000 Mark. Die in dieser Verwaltung zusammengegangenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte betragen rund 226 500 000 Mark, wozu das Reich an Zuschläßen rund 183 000 000 Mark gibt. Hier sowohl, wie auch bei allen übrigen Anlagen ist mit der größten Sparfameit gearbeitet und die Besoldungen entsprechend Geleß und Tarif eingeleßt.

Die Vermögens- und Schuldenverwaltung weist einen Betriebsloß für die Sammelklasse von 80 000 000 Mark aus, der bei der Gesamtsumme des Haushaltsplanes nicht gut niedriger eingeleßt werden kann. Außerdem enthält dieser Plan den hier in Ausgabe und in der außerordentlichen Rechnung in Einnahme und Ausgabe einzugehenden Pufferposten, der bei der Unfähigkeit aller Verhältnisse zur Deckung unvorhergesehener Mehrausgaben bei der außerordentlichen Rechnung auch ja schon im Vorjahre mit 4 290 000 Mark eingeleßt war. Er ist in diesem Jahre auf 300 000 000 bemessen, wovon 50 Millionen Mark der besonderen Bewilligung durch Magistrat und Stadteordnetenversammlung vorbehalten sein sollen. Mit dieser Höhe ist er gegenüber der Abschlußzahl des Gesamthaushaltsplanes mit rund 2 800 000 000 im Verhältnis niedriger, als die rund 4 300 000 000 Mark gegenüber der Hauptsumme des Haushaltsplanes 1922 (ebenfalls ohne Werte) mit rund 33 900 000 Mark und auch nach dem Gutachten der Verwaltung der Magistratsmitglieder der mittleren Städte der Provinz durchaus angemessen.

Das Wohlfahrtsamt erfordert einen Aufschuß von 21 486 600 Mark. Die wesentlichen Ausgaben sind darin, das Armenamt mit einem Aufschuß von rund 20 000 000 Mark in der Hauptfrage bedingt ist durch die Kosten für die Unterbringung von Armen in dem Landesheimstätten. Ein Aufschuß von 27 000 000 Mark erfordert das Arbeitsamt in der Hauptfrage durch die Erwerbslosenfürsorge. Hier sind auch die leistungsberechtigten 10 000 000 Mark für produktive Erwerbslosenfürsorge verdußt. Die Sozialrentnerfürsorge erfordert rund 38 000 000 Mark Aufschuß, während die Rentenrentnerfürsorge mit 19 000 000 Mark auskommt. Die Heime und Forie erfordern selbstverständlich auch erhebliche Aufschüsse.

Die Krankenhauserverwaltung schließt in Einnahme und Ausgabe mit der gleichen Summe, wie ja jetzt der Gedanke überall Boden gewinnt, daß das Krankenhaus eine häußrige Betriebsanstalt ist, die sich selbst erhalten muß, wie andere häußrige Betriebe auch, und keine Wohlthätigkeitsanstalt. Von den Schulverwaltungen tragen sich gemäß den bestehenden Beschläßen die Fortbildungsschulen selbst. Das

Wegem erfordert rund 14 000 000 Mark, die Mittelschulen rund 23 500 000 Mark, die Volkshochschulen rund 76 500 000 Mark Zuschuß, alles nach dem Stande vom März 1923 und nach Wegzug der nach Angabe des Fährtenplanes zu erwartenden und erhofften, aber noch nicht festgelegten staatlichen Zuschüsse. An Beiträgen an die Landesmittelschulstiftung waren nach dem damaligen Stande 58 000 000 und für die Volkshochschulen an die Landeshochschulstiftung 122 500 000 Mark zu zahlen.

Die Bauverwaltung erfordert einen Zuschuß von rund 86 000 000 Mark. Dabei ist in der Hauptsache die Tiefbauverwaltung beteiligt, welche allein für Instandhaltung der Straßen und Wege rund 31 000 000 und für Straßenreinigung rund 26 000 000 Mark erfordert, wobei die Kläranlage eigentlich noch mit in Ansatz gebracht werden muß, die rund 10 500 000 Mark Zuschuß kostet.

Was die Feuerwehre anlangt, so ist zwar der Standort der Automotorschiffe in unserer Stadt wegen der dadurch erhöhten Feuergefahr an sich sehr zu begrüßen, auf der anderen Seite ist der Betrieb eines derartigen Fahrzeuges in diesem reichlich kostspielig und die Feuerwehroverwaltung erfordert schon nach dem Stande vom März d. J. einen Zuschuß von 2 172 000 Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für Fahrten nach Auswärts und bei Bränden von der Stadt Kosten überhaupt nicht entfallen, da diese Ausgaben von anderer Seite erlattet werden.

Die Volkshochverwaltung umfaßt in diesem Jahre zum 1. Mai die Baupflicht mit, welche früher im Bauhaushaltsplan verlagert. Der Gesamtausfuß beträgt rund 22 000 000 Mark, wovon rund 6 000 000 Mark auf die Baupflicht entfallen. Die Ausgaben sind in der Hauptsache Gehälter.

Von den Ertragsverwaltungen ist, abgesehen von dem Steuerhaushaltsplan, der schon oben erläutert ist, nur noch der Hausplan der Grundbesitzverwaltung zu erörtern. An Wägen sind eingeleist aus dem Jahr wägen, der einen Ueberfluß von rund 29 000 000 Mark wieder 40 000 000 Mark und aus sonstigen Wägen und Wägen 4 700 000 Mark.

Die Verkehrsverwaltung erscheint nur mit Gewinnanteilen von den Bruttoerträgen, und zwar das Gaswerk mit 150 000 000 Mk., Wasserwerk mit 15 000 000 Mk., Elektrizitätswerk mit 117 500 000 Mk.

In der außerordentlichen Rechnung, die ja bekanntlich in der Hauptsache nur Berechnungstellen enthält, konnte das Ergebnis des Jahres 1921 noch nicht eingeleist werden, da der Abschluß noch nicht endgültig vorliegt. Dies hat in der Hauptsache seinen Grund darin, daß wir jetzt immer noch nicht und voraussichtlich auf Monate hinaus noch nicht haben erfahren können, wie übrigens alle anderen Beteiligten auch nicht, auf welche einzelnen Jahre der Staat die Ueberweisungen aus der Einkommensteuer berechnen haben will. Jedenfalls kann schon jetzt mitgeteilt werden, daß das Rechnungsjahr 1921 mit einem allerdings recht bescheidenen Ueberfluß abschließt, der bei den Zahlen des letzten Haushaltsplanes ohne jede Bedeutung ist. Sobald der endgültige Abschluß vorliegt, wird eine Vorlage über die Verwendung des Ueberflusses gemacht werden. Zu Einnahme und Ausgabe ist weiter nur der oben erwähnte Ueberfluß von 300 000 000 Mark eingeleist und die Wohnungsbauausgabe, welche in voller Höhe zur Deckung der mit Rücksicht auf ihren Ertrag in Anspruch genommenen Kreditmittel zu verwenden ist.

Damit wäre ein kurzer Ueberblick über die Gestaltung des diesjährigen Haushaltsplanes gegeben, wobei immer nicht vergehen werden darf, daß er aufgebaut ist auf dem Stande von Ende März 1923, und daß eine Gewähr dafür, daß sich die Verhältnisse so abwickeln werden, wie sie veranschlagt sind, natürlich nicht übernommen werden kann.

Politische Rundschau

Reichsjahresminister Dr. Heinze zur politischen Lage.

Hamburg, 5. Juni. Bei Gelegenheit eines parlamentarischen Besuchs der Reichsjahresminister Dr. Heinze das Wort, um u. a. folgendes auszusprechen: Zur innerpolitischen Lage äußerte der Minister: Die Deutsch-nationale Volkspartei ist die einzige Partei, die außer der Deutschen Volkspartei die treibende Kraft der Politik und der politischen Wandlungen erkannt hat. Die Deutsch-nationalen haben in durchaus loyaler Weise das Kabinett Cuno gestützt. Die Sozialdemokratie kann sich immer noch schwer zu einer rücksichtslosen Zusammenarbeit mit dem Bürgerium entschließen. Der internationale Zug benimmt einen politischen und staatsbringenden Eingriff in unsere Politik. Die Personalpolitik der Sozialdemokratie schadet unserem Staate außerordentlich. Man kann den deutschen Staat nicht wie eine Gewerkschaft regieren. Das Gelingen zum Schutz der Republik ist nicht geeignet, die deutsche Einigkeit zu fördern.

Enthaltungen des Abgeordneten Otto Bauer.

Wien, 6. Juni. Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Bauer teilte in der heutigen Sitzung des Nationalrats mit, daß der Abgeordnete Czernin im Oktober 1919 zweimal von dem damaligen tschechischen Gesandten Tuzek die Entsendung von Entenetruppen nach Wien verlangt und dieses Verlangen vor der Wiener Generalkonferenz wiederholt.

Turnen, Spiel und Sport.

Ballspielverein Germania. — 10 jähr. Stiftungsfest.

Anlässlich seines 10-jährigen Bestehens veranstaltete der B. V. Germania am kommenden Sonntag, dem 10. Juni auf dem Kasernenhof Wetts- und Diplompiele. Sehr gute Liga-Klasse aus Thüringen, M.T.S.-Erfurt, ist für die erste Mannschaft verpflichtet; die zweite spielt gegen die Liga-Reihe desselben Vereins, die 3. gegen Jahrbund III-Volha. Junioren gegen 98 Halle Jun. und die Knaben gegen 98 Halle 1. Knaben. Ein reichhaltiges und sicherlich mit vielen Unkosten aufgelassenes Fußballprogramm. Möge der Wettergott sein bestes Gesicht aufzeigen und die Sportgemeinde durch zahlreichen Besuch den erfrigen Verein unterstützen.

Sportverein 99 — Sportfreunde Halle (Viz).

Nachdem am vergangenen Mittwoch der Sportverein 99 Halle den Reigen der bestehenden Liga-Vereine aus dem Saalkreis beim Sportverein 99 eröffnet hat, folgen am Sonntag die Hallischen Sportfreunde mit ihrer Mannmannschaft. Wieder also ein alter Feind des Fußballports

im Saalkreis, der sich unserem Gaumeister gegenüberstellt. Die Sportfreunde stellen eine ausgeglichene, vor allem sehr schnelle Elf, deren letzte Resultate den Aufschwung erkennen lassen. Manches bekannter Namen taucht in den Reihen der Hallenser auf, erinnert sei nur an den langjährigen Torwart der Hallischen Stadtmannschaft Gier, den vorzüglichen Verteidiger Böhm, Mittelflächer Winter und Sturmstürmer Döhl. Ein besonderes Interesse gewinnt das Spiel noch dadurch, daß Sportfreunde am 2. Spingstfesttag auch Eintracht Hannover als Gegner hatte, die bekanntlich tags zuvor Gast des hiesigen Sportvereins 99 waren. 99 verlor 3:2, Sportfreunde Halle 2:1. Wer ist nun von beiden der Stärkere? Diese Frage wird das Sonntagsspiel beantworten. Wir kommen darauf noch zurück.

Wochenballspiel. Die zweite Mannschaft des Sportv. 99 Merseburg spielte gestern Abend in Halle gegen Favorit (Vigarel) 2:2, (2:0 für 99) Sportv. 99 führte nach eifrigem Spiel bis kurz vor Schluß mit 2:0. Zeitweise drückte Favorit sehr bedenklich. Der 99er Torwart jeden Erfolg zum Sieg. Das Spiel selbst war äußerst fair und befruchtete allgemein.

Das Endspiel um die DFB-Meisterschaft.

findet am kommenden Sonntag (10. Juni) nun doch in Berlin (Stadion) statt. Das Treffen wurde, nachdem der Hamburger Sportverein keine Genehmigung gegeben hatte, von Leipzig wieder verlegt, weil Leipzig noch immer 10 Prozent „Ausbaukosten“ für die sportlichen Veranstaltungen legt, während Berlin (wie die meisten deutschen Städte) in richtiger Erkenntnis des Wertes der Wettbewerben den Sport freier läßt. Union-Oberhörnchenwende, der Berliner Meister und Sieger der Endk. Fußballspiel also auf heimischem Boden, vor heimischem Publikum, ohne gereizt zu sein — alles Momente, die den Sieg des Hamburger Sportvereins als nicht ohne weiteres feststehend erscheinen lassen.

Handball.

Gestern Abend fand auf dem Kasernenhof ein Wiederholungsspiel zwischen dem Allgem. Turnverein und der Sportabteilung der Schupo Hand. Beim Stande von 3:1 für Schupo trennte der Schiedsrichter beide aufsehernd kämpfenden Mannschaften: Halbzeit 2:1 für Schupo.

Die deutschen Mannfahrer für Göteborg.

Die Hamburger Auscheidungsskiffe des Deutschen Kanu-Verbandes haben bei harter Beteiligung als Sieger ergeben über 1500 Meter Hoffmann (Halle 29) in 8:57,8 vor Parabitz (Wasserport Forst) und Turich (Halle-Böllberg). In der langen Strecke, etwa 10 Kilometer, siegte Bobbig (Kammlab Regie Leipzig) in 30:37,4, der im Endlauf der 1500 Meter Wasser übernommen hatte und dadurch ausgeschieden war, nachdem er im Verlauf die meiste beste Zeit (8:34,6) gefahren war. Zweiter wurde Weingärtner (Halle-Böllberg) in 52:34,8, Dritter Zetler (Sanftat Hamburg).

Als Vertreter des Deutschen Kanu-Verbandes für Göteborg wurden demgemäß bestimmt: Alfred Bobbig (K. C. Regie Leipzig), Waldemar Hoffmann (Hallefischer K. C. von 1920), C. Parabitz (Wasserport Forst) und R. Weingärtner (Hallefischer K. V. Böllberg).